

Gewaltfreie Aktionen in Bewegungen?

Kai-Uwe Dosch

Der Grundsatz der Gewaltfreiheit wird bei Aktionen in sozialen oder politischen Bewegungen wieder mehr in Frage gestellt. Dieser Frage betrifft gerade Verbände der Friedensbewegung wie den BSV. Doch diese Frage betrifft auch Einzelne und ihre Haltung. Darum schreibe ich im Folgenden einmal von mir und gehe eher narrativ als analytisch vor.

Ich bin seit über zwanzig Jahren in der Friedensbewegung und natürlich ist mir in dieser Zeit der potenzielle Konflikt zwischen Gewaltfreiheit und Antimilitarismus untergekommen. Doch dies schien über fünfzehn Jahre lang ein eher theoretisches, historisches oder irrelevantes Problem. Praktisch, politisch und relevant wurde es für mich erst mit zwei Namen: Heiligendamm und Strassbourg. Den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm habe ich für wichtig gehalten, doch nicht für so wichtig, dass ich selbst hingefahren und protestiert hätte. Erst danach wurden mir die Folge und die Frage die sich aus diesem neuen Protest-Bündnisses zwischen Globalisierungskritiker_innen und Pazifist_innen ergab deutlich: Kann gegenüber einem gewaltigen und gewalttätigen Polizeiapparat eine Protest-Bewegung ebenso gewaltig werden und doch gewaltfrei bleiben? Darum dachte ich beim NATO-Gipfel 2009 in Strassbourg (und Kehl) schon davor, dass dies die wichtigste Herausforderung werden wird. Darum habe ich schon davor gefordert, Absprachen über ein friedliches Vorgehen zu treffen. Zumal dort erstmals nicht nur eine große Demonstration, sondern auch eine direkte Aktion geplant und vorbereitet wurde. Dann kam alles aber doch ganz anders, als ich dachte.

Auf den ersten Blick sah die Rheininsel zwischen Strassbourg und Kehl, auf der die Demonstration beginnen sollte, recht ruhig aus: im Norden Hafen, im Süden Park und dazwischen nur ein paar Häuser. Doch schon der zweite Blick belehrte mich eines Besseren. Nur wenige Brücken führten in diesen Hochsicherheits-trakt. Diejenige im Norden, auf der ich es

zuerst versuchte, war für jeden Verkehr völlig gesperrt. Diejenige im Nordosten war zwar auch für jedes andere Fahrzeug durch unzählige Polizeifahrzeuge blockiert, zu Fuß hatte ich aber keine Probleme. Erst später hörte ich, dass sie kurz zuvor und kurz danach ebenfalls völlig gesperrt war. Lange sah ich nur wenige wie mich auf dem Weg zur Kundgebung, einzelne auf dem Weg zurück und am Himmel eine erste Rauchsäule. Hinter einem Bahndamm sah ich dann die ersten Randalierer, die gerade auf einer Kreuzung Überwachungskameras von Laternenpfosten und Schnapsflaschen aus einer Hotelbar holten. Dieses Hotel schien schon leer und sollte später noch völlig ausbrennen. Weit und breit keine Polizei! Hinter der nächsten Ecke sah ich endlich die eigentliche Kundgebung: Oben auf der Bühne sprach Reiner Braun ein leichtes, doch lösbares Problem mit der Route an. Hinter dem Platz stieg eine zweite schwarze Rauchsäule auf. Oben wurden Neankömmlinge herzlich willkommen geheißen. Hinten rannten Vermummte gruppenweise unter die Menge. Oben wurde Bianca Jagger begeistert angekündigt. Hinten zogen Tränengasschwaden herüber. Ich hatte genug. Auf endlosen Parkwegen, über eine vergessene Wehrbrücke im Süden, unter rostigen Bahnwaggonen und durch willkürliche Polizeikontrollen kam ich endlich zurück. Ich hatte genug!

Zumal diese Demonstration auch viel gewalttätiger verlief als die direkte Aktion, an der ich kurz zuvor teilgenommen hatte. Wie lange hatten wir bei der Planung der Aktion über den Aktionskonsens diskutiert – und über unseren Umgang mit Polizeigewalt. So lange, dass wir uns am Ende in drei Aktionsgruppen aufteilten, zwar mit theoretischen Gemeinsamkeiten, aber auch mit praktischen Unterschieden in der Haltung. Wie gut gerüstet trat uns die Polizei gegenüber, als wir uns dann auf die Straße setzten. So gut gerüstet, dass sie sich am Ende vor lauter

Fortsetzung auf Seite 2



Protestaktion von Bloccupy in Frankfurt am Main im Mai 2012. Foto: indymedia



Protestaktion von früheren BSV-Praktikant_innen in Gorleben im Juni 2012. Foto: BSV



Protestaktion gegen den Export von Leopard-Panzern auf dem Katholikentag in Mannheim im Mai 2012. Foto: BSV

Diesmal

Bürgerkrieg in Syrien

Schutz vor Repression in Belarus

10 Jahre Nonviolent Peaceforce

Forum für Gewaltfreiheit im Irak

u.v.m.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Foto: Kai-Uwe Dosch



in unserem Leitbild heißt es: „Die Konzepte der Sozialen Verteidigung und der Gewaltfreien Aktion bilden den Kern unserer Friedensarbeit.“ Darum ist es kein Wunder, wenn diese Ausgabe unseres Rundbriefs sich wieder um alle Arten gewaltfreier Aktionen im weitesten Sinne dreht.

Mit gewaltfreien Aktionen im engeren Sinne in Deutschland befasst sind unser Bundesausschuss am 27.10. und auch der Aufmacher auf Seite 1. Hier stellen wir bzw. stelle ich die Frage, welche Bedeutung eigentlich Gewaltfreiheit in Aktionen von Bewegungen hat oder haben sollte. Den gewaltfreien Aufstand gegen das Regime in Syrien und sein Verhältnis zu dem gewalttätigen Aufstand im Land sowie den (möglichen) gewalttätigen Eingriffen aus dem Ausland stellt der Beitrag von unserem Vorstandsmitglied Christine Schweitzer auf Seite 3 dar. Dort spitzt sich die Lage immer mehr zu und der Streit über die Bedeutung des Aufstands ist in vollem Gange. Gewaltfreie Schutzmaßnahmen gegen das Regime in Belarus beschreiben unsere Belarus-Expert_innen Sarah Roßa und Björn Kunter auf Seite 5. Denn die politischen Repressionen treffen auch Menschenrechtsschützer_innen.

So ist es auch kein Wunder, wenn unsere nächste Jahrestagung am 22.-24.03.2013 in Würzburg nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen dem gewaltfreien Widerstand in Syrien und in Belarus thematisiert. Wir bleiben dran - am „Kern unserer Friedensarbeit“.

Euer Kai-Uwe Dosch

Fortsetzung von Seite 1

Rüstung gar nicht bewegte. Warum fühlte ich mich bei der Aktion sicherer als bei der Demonstration? Weil bei dieser anders als bei jener ein Aktionskonsens überhaupt besprochen und beschlossen wurde! Ob der Begriff der Gewaltfreiheit vorkam oder nicht, war nachrangig. Vorrangig war, dass der Grundsatz im Wesentlichen anerkannt wurde.

Denn alle Bewegungen, die sich gegen G8 und NATO, gegen Menschenrechtsverletzung, Umweltzerstörung und Verarmung oder auch Militärinterventionen wenden, wenden sich damit gegen eine bestimmte Gewalt. Ich will diese Bewegungen nicht für die grundsätzliche Gewaltfreiheit vereinnahmen, doch die antimilitaristische, antikapitalistische und ökologische Bewegung kann als Teil eines Ganzen von kritisch-alternativen Bewegung gesehen werden. Meist passen diese Bewegungen zusammen, sie widersprechen sich kaum. Bei den Zielen hat die Friedensbewegung gelernt, dass die Gier nach Macht und Besitz auch Gewalt verursacht, dass Krieg nicht nur Kultur, sondern auch Natur zerstört und dass darum dieses neben der Rüstung und dem Wehrdienst genauso abzulehnen ist. Andere Gruppierungen haben ähnliche Einsichten gewonnen und sich darum gegenseitig angenähert in der Forderung nach einer alternativen Politik.

Doch geht es um konkrete politische Aktivitäten, sind auch die letzten Widersprüche zu klären, um einen Erfolg zu ermöglichen. Denn bei Aktionen geht es nicht nur um unverbindliche Forderungen und große Ziele, sondern auch um Mittel. Bei den Mitteln hat die Friedensbewegung gelernt, dass sich Ziele und Mittel entsprechen müssen, um Glaubwürdigkeit und Wirkung zu erreichen, und das gilt für jede andere Gruppierung genauso. Es ist mehr als peinlich, wenn die Teilnehmenden einer Demonstration gegen globalisierte Agrarpolitik bei McDonalds essen gehen. Dies passiert, wenn die Teilnahme auf einer oberflächlichen Kompromissformel und nicht auf einem tieferen Konsens beruht. Im Bündnis und im Austausch haben hier alle Gruppen etwas zu geben

und etwas zu nehmen. Der Beitrag der Friedensbewegung kann und muss in ihrer Erfahrung mit Gewaltfreiheit als Taktik bestehen. (Hier ist nicht die Rede von Gewaltfreiheit als Prinzip!)

Ich habe schon innerhalb pazifistischer Gruppen leidvoll erfahren müssen, wie umstritten Gewaltfreiheit als Taktik oder als Prinzip war. (Mir selbst leuchtet sowohl eine anarchistische als auch eine christliche Definition dieser Idee ein.) Wie viel schwieriger ist diese Auseinandersetzung mit nicht-pazifistischen Antimilitarist_innen oder Antikapitalist_innen! Dennoch halte ich diese Diskussion aus oben genannten Gründen für nötig.

Was ist gewaltfrei, gewaltlos, friedlich, zivil? Sollen wir eine Befürwortung der Gewaltfreiheit als Taktik vermeiden, weil der Staat dafür ist, oder eine Ablehnung der Gewalt umgehen, weil der Staat dagegen ist? Bedeutet Gewaltfreiheit Wehrlosigkeit oder Ohnmacht? Müssen Aktivist_innen immer dieselbe Gewaltfreiheit meinen, wenn sie das sagen? Können Aktivist_innen dieselbe Gewaltfreiheit meinen, ohne das zu sagen? Welche Bedeutung hat die Theorie für die Praxis, die Definition für die Aktion?

Natürlich muss ich auf diese Fragen meine eigenen Antworten finden. Doch natürlich kann ich das viel besser, wenn ich mit anderen darüber spreche. Darum bin ich sehr froh, dass der BSV ein solches Fachgespräch anstößt und hierzu einlädt. Wir wollen unseren Beitrag leisten und die Begriffe gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam in die Breite der Bewegungen einbringen. Wir wollen den Austausch mit Aktivist_innen aus allen sozialen Bewegungen, z.B. auch von (BI)Occupy oder von Gorleben365. Wir wollen die Verbindung von Theorie und Praxis, z.B. bei den Aktionen gegen den Export von Leopard-Panzern an Saudi-Arabien. Von diesem Austausch habe ich nie genug.

Das Fachgespräch „Ziviler Ungehorsam und Gewaltfreie Aktionen in den Bewegungen“ (zugleich BSV-Bundesausschuss) findet am 27. Oktober 2012 in Münden statt. Das Programm kann auf der BSV-Website abgerufen werden. Um Anmeldung über das BSV-Büro (wenn gewünscht: Mittagessen 5 Euro) wird bis zum 12.10.2012 gebeten.

Bürgerkrieg in Syrien

Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution

Christine Schweitzer

Die meisten Befürchtungen in Bezug auf Syrien sind wahr geworden. Das Land befindet sich mitten im Bürgerkrieg, mit bislang (Mitte August 2012) zwischen 17.000 und 20.000 Toten und geschätzt über einer Million Vertriebenen und Flüchtlingen. Der Aufstand in Syrien gegen das Assad-Regime ist zunehmend militarisiert, auch wenn – und das ist ziemlich einzigartig an der syrischen Situation – der zivile Widerstand nicht durch den bewaffneten abgelöst wurde, sondern auch jetzt noch parallel weitergeführt wird.¹

Doch der Aufstand ist in Gefahr, zum Spielball ausländischer Interessen zu werden. Schon jetzt sprechen manche Beobachter_innen von einem doppelgesichtigen Stellvertreterkrieg – einem zwischen Sunnit_innen (Golfstaaten) und Schiit_innen (Iran) und einem zwischen dem Westen und Russland. Allein die direkte militärische Intervention durch Luftwaffe (oder Luftwaffe und Bodentruppen) fehlt (noch), die meisten anderen Instrumente aus dem international bewährten Setzkasten „Wie führe ich Krieg, ohne mir selbst die Finger schmutzig zu machen“ sind bereits im Einsatz:² Ausrüstung mit Waffen, Ausbildungslager (in der Türkei),³ Militär-„Berater“ und Söldner, Aufklärung, Finanzierung (allein die USA haben 25 Mio. USD für „nicht-tödliche Zwecke“ zur Verfügung gestellt).⁴ Der Friedensplan des Sondervermittlers der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, ist gescheitert und Annan erklärte frustriert seinen Rückzug. Auch die ursprünglich 300-köpfige UN-Mission wurde in der dritten Augustwoche beendet; nur ein kleines Verbindungsbüro der UN bleibt bestehen und wird dem neuen UN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi zuarbeiten. Unterdessen wird immer wieder einmal die Forderung nach direkter militärischer Intervention laut, etwa nach libyschem Vorbild die Errichtung von Flugverbotszonen oder nach bosnischem von Schutzzonen, aber trifft – zumindest derzeit – auf keine Bereitschaft vonseiten der USA oder ihrer Verbündeten;⁵ und es ist nicht zu erwarten, dass die Türkei oder die Golfstaaten im Alleingang handeln.

Zum Streit in der Friedensbewegung über Syrien

Die Linke und die Friedensbewegung sind sich über die Beurteilung der Geschehnisse in Syrien zutiefst uneinig. Die eine Position ist im Kern die, die ich auch hier in diesem Beitrag vertrete – die Annahme eines legitimen, autochthonen Protestes von Syrer_innen in Syrien gegen ein undemokratisches und die Menschenrechte verletzendes Regime. Die verschiedenen Interventionen von außen delegitimieren aus dieser Sicht nicht den Aufstand in Syrien, egal wie man ansonsten zu ihnen stehen mag. (Und da gibt es wieder verschiedene Meinungen, von der Verurteilung jeglicher Einmischung über die Verurteilung der gewaltgestützten Intervention bis hin zur Forderung nach direktem militärischem Eingreifen, wie z.B. die Internet-Kampagnenplattform Avaaz sie erhebt.)

Die andere Position – sie soll hier vereinfachend als die antiimperialistische bezeichnet werden – sieht in erster Linie die internationale Einmischung und bezweifelt und leugnet kategorisch jegliche Legitimität des zivilen Aufstandes. Der Aufstand gegen Assad sei vom Westen initiiert und organisiert worden: „Ein von USA-NATO gestützter Aufstand, integriert durch Todesschwadronen, wird unter der Tarnung einer ‚Protestbewegung‘ gestartet (Mitte März in Daraa)“, heißt es bei Chossudovsky.⁶ Begründet wird dies damit, dass das Assad-Regime als einer der wenigen Gegner der USA in der neuen weitgehend unipolaren Welt übrig geblieben sei;⁷ Ziel sei die Beseitigung eines der wenigen Bollwerke, das dem Westen im Nahen und Mittleren Osten noch Widerstand entgegengesetzt, wobei ein direkter Zusammenhang auch zu dem Konflikt mit dem Iran bestehe. Überzeugende Belege für diese These bleiben allerdings aus.⁸ Es geht hier nämlich nicht in erster Linie um die Analyse der Interessen der verschiedenen ausländischen Akteur_innen oder die Beschreibung der derzeitigen militärischen Aufstandsunterstützung. Sondern es geht darum, ob gefolgert werden kann und darf, dass es sich bei den Aufständischen um illegitime Handlanger_innen des ‚US-Imperialismus‘

handelt (bzw. gutmeinende Idioten, die nicht sehen, wie sie von außen gesteuert werden), oder ob es sich bei dem Aufstand im Kern um eine legitime Volksbewegung handelt, die sich gegen ein autokratisches Regime erhoben hat, die das Unglück hat, zwischen die Mühlen ausländischer Interessen geraten zu sein, und die hart darum kämpfen muss, sich nicht von ihren falschen Freunden vereinnahmen zu lassen.

Wie weiter?

Der Aufstand in Syrien kann nicht getrennt von den anderen Aufständen in der arabischen Welt gesehen werden. Rund zwanzig Jahre nach 1989 und nach einigen „People Power“-Bewegungen in ehemaligen Ostblockländern (Georgien, Ukraine) ist diese Aufstandswelle ein neues machtvolleres Zeichen, dass Bürger_innen in vielen Teilen der Welt nicht mehr bereit sind, ihrer Regierung unhinterfragt zu gehorchen und sich dem ‚höheren Gut‘ von Recht und Ordnung zu unterwerfen. Wo immer es solche Aufstände gibt, stoßen sie auf Gegenreaktion. Dazu gehört nicht nur die direkte Unterdrückung mit Waffengewalt durch die alten Regimes und/oder der Versuch der jeweiligen einheimischen Militärs, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, wenn sie sie schon nicht unterdrücken können (siehe Ägypten, Libyen). Dazu gehört auch, dass versucht wird, sie in das globale Machtspiel um Herrschaftspositionen in der Welt zu integrieren und zu missbrauchen. Letztlich gilt immer noch, was der niederländische Pazifist und Antimilitarist Bart de Ligt schon 1937 in seinem Buch „Conquest of Violence“ feststellte: „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution.“

Es geht hier nicht um die Romantisierung von „People Power“-Bewegungen, noch darum, von außen Aktivist_innen Vorhaltungen zu machen, dass sie nicht allein auf Gewaltfreiheit setzen. Aber wie in vielen anderen Ländern ist der Aufstand in Syrien längst zu einer internationalen Angelegenheit geworden, und das gibt auch uns nicht nur das Recht, sondern macht es beinahe zur Pflicht, selbst Stellung zu beziehen. Dabei geht es nicht darum, einen Anspruch zu erhe-



Foto: wikipedia

ben, „die“ einfache Antwort zu kennen, die nur befolgt werden müsse, und dann würden sofort die Gewalt enden und die Probleme in Syrien gelöst sein. Aber ein paar mögliche Ansatzpunkte – neben der Forderung nach humanitärer Unterstützung der Flüchtlinge in Syrien, in den Nachbarländern und in Deutschland und der Fortsetzung der Unterstützung des zivilen Aufstandes – gibt es doch:

Anstatt auf den militärischen Sieg der Aufständischen zu setzen und die Freie Syrische Armee (FSA) und andere bewaffnete Gruppen mit immer mehr und schwereren Waffen auszurüsten, sollte die Waffenhilfe sofort beendet werden.

Gleichzeitig sollte eine neue Vermittlungsinitiative – wenn möglich mit Rückendeckung durch China und Russland – gestartet werden, um die Möglichkeiten eines Waffenstillstandes zwischen dem Regime und der FSA zu erkunden. Wenn es zu einem Waffenstillstand zwischen den Hauptkontrahent_innen käme, wären die extremistischen und kriminellen Gruppen auf beiden Seiten, die sich sicherlich nicht ohne Weiteres in solche politische Vereinbarungen einbinden ließen, isoliert. Sobald sie merken würden, dass es ihnen nicht mehr gelingt, durch gezielte Übergriffe neue Gewalt der Gegenseite zu provozieren, wäre ihre Wirkungskraft letztlich am Ende.

Zweiter wichtiger Inhalt der Vermittlungsinitiative sollte die Bildung einer Übergangsregierung sein. Um dies zu erleichtern, sollten Assad und den am meisten in das alte Regime verstrickten Ministern und ihren Familien die freie Ausreise in ein sicheres Drittland zugesichert werden, auch wenn das bedeutet, dass ihre Verbrechen zumindest vorläufig nicht strafrechtlich geahndet würden.

Um Übergangsregierung und Waffenstillstand abzusichern, sollte die UN eine neue Mission entsenden. Dies bräuchten keine Soldaten sein – im Gegenteil, es sind schon viel zu viele Bewaffnete in Syrien unterwegs. Besser wäre es, eine Mission zivilen Peacekeepings zu entsenden – nicht mit 300, sondern mit mindestens 3.000 Frauen und Männern,

ausgebildet in Methoden der Konflikteskalation ohne Waffen.

Die Zugeständnisse, die vom Assad-Regime in den letzten eineinhalb Jahren gemacht wurden, könnten für das Übergangsregime einen Ausgangspunkt darstellen. Denn auch wenn sie nicht ausreichen, um den Aufstand zu beenden, weil nur zu deutlich war, dass es sich um nicht wirklich ernstgemeinte Schein-Zugeständnisse handelte, bieten sie einen strukturellen Rahmen, der genutzt werden kann – Beispiel wäre die Änderung der Verfassung, die bereits ein Mehrparteienregime zulässt.

Ein weiterer Punkt ist ganz wichtig: Es muss nicht nur an den „Tag danach“ gedacht werden, sondern der Übergang muss so gestaltet werden, dass er auch den Unterstützer_innen des gegenwärtigen Regimes eine Zukunftsperspektive bietet. Das würde nicht nur die Bereitschaft, Assad abzusetzen, wesentlich erhöhen, sondern auch die Chancen auf eine friedliche Zukunft des Landes entscheidend vermehren.

1 Adopt a Revolution, Ignoranz oder militärische Intervention? Hierzulande verkennt man die Situation in Syrien. Denn es gibt längst einen richtigen „dritten Weg“, taz, 15.06.2012, <https://www.adoptrevolution.org/hinsehen-statt-zusehen-taz-kommentar/>

2 Raniah Salloum, Wie der Westen heimlich Krieg führt, Spiegel Online, 27.07.2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krieg-in-syrien-wie-der-westen-hilfe-leistet-a-846531.html>

3 Richard Galpin, Syria crisis: Turkey training rebels, says FSA fighter. BBC News, 04.08.2012,

<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-19124810>

4 <http://www.stern.de/politik/ausland/geheimerlass-obama-soll-hilfe-fuer-syrische-rebellen-ge-nehmigt-haben-1870080.html>. Karin Leukefeld, Warnung vor Tragödie, <http://www.jungewelt.de/2012/07-30/043.php>

5 <http://www.fr-online.de/aegypten-syrien-revolution/syrien-voerst-keine-flugverbotszone,7151782,16883374,view.asFirstTeaser.html>

6 Michel Chossudovsky, Towards A „Soft Invasion“? The Launching of a „Humanitarian War“ against Syria. Global Research, August 2, 2012. <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=32170>

7 Ob dies wirklich so ist, kann auch in Frage gestellt werden. So weist Phyllis Bennis darauf hin, dass sich Syrien gelegentlich auch mit den USA verbündet hat, z.B. 1991 im Irakkrieg und nach dem 11. September 2001 als einer der Orte, wo für die USA Gefangene verhört und gefoltert wurden. (Syria: Only diplomacy can stop the war, Al Jazeera, 26.06.2012, <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2012/06/201262475838515783.html>)

8 Das einzige Indiz, das Chossudovsky, eines der wichtigsten Sprachrohre der antiimperialistischen Linken, nennt, ist, dass ein Mitarbeiter von John Negroponte, des ehemaligen US-Botschafters im Irak, Anfang 2011 zum US-Botschafter für Syrien benannt wurde. (Michel Chossudovsky, The Salvador Option for Syria, Global Research, 28.05.2012, <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31096>) Aber hier werden in meinen Augen Personen und Politik verwechselt. Allein die Tatsache, dass es immer noch zu keinem direkten militärischen Eingreifen gekommen ist, und Berichte, die eher die Hilflosigkeit des gegenwärtigen Agierens der USA beschreiben, sprechen eine deutlich andere Sprache. (Elise Labott, Struggling to define the Syrian opposition, CNN, 13.08.2012, <http://security.blogs.cnn.com/2012/08/13/struggling-to-define-the-syrian-opposition/>)

Alle Websites wurden letztmalig am 17. August 2012 aufgerufen.

10 Jahre Nonviolent Peaceforce – Ein Grund zum Feiern!

Stephan Brües

Als 1999 auf der Haager Friedenskonferenz die Idee einer ‚Friedensarmee‘ in größerem Maßstab diskutiert wurde, waren auch der damalige BSV-Vorsitzende Konrad Tempel und seine Frau Helga dabei. Mit ersten Interessent_innen begannen sie sich zu engagieren. Ende 2002 wurde in Indien mit Unterstützung zahlreicher Friedensnobelpreisträger und Friedensgruppen aus aller Welt die Nonviolent Peaceforce (NP) gegründet. Es folgten Projekte in Guatemala und bis heute auf den Philippinen, im Südsudan und seit kurzem im Südkaukasus (Georgien/Abchasien/Ossetien).

NP wird von Außen- und/oder Entwicklungshilfeministerien verschiedener westlicher Staaten (u.a. auch Deutschland) unterstützt, aber auch von verschiedenen EU- und UN-Einrichtungen. Neben ihrer Arbeit in Konfliktgebieten versucht NP über Lobbyarbeit für ihr

Konzept des Unarmed Civilian Peacekeeping zu werben.

In Deutschland arbeitet seit 2004/05 Aktive aus dem Forum Ziviler Friedensdienst und dem BSV in einer NP-AG zusammen: Sie haben Ausstellungen erstellt, Vorträge gehalten, Straßentheater gemacht oder Broschüren erstellt und so versucht, die Arbeit von NP in Deutschland bekannt zu machen. Sie begleiten auch die jährlich stattfindenden europäischen Treffen von NP sowie die Internationalen Versammlung. Nach der letzten in Nairobi im September 2007 wird die nächste im März 2013 in Berlin stattfinden.

Unter Federführung des BSV plant die NP-AG Ende November eine Veranstaltung in Mannheim oder Heidelberg, die 10 Jahre Nonviolent Peaceforce feiern soll. In lockeren Talkrunden, unterbro-

chen durch Theaterszenen, dem NP-Film und kurzen kulturellen Beiträgen, soll die Geschichte und Vision von NP (durch Christine Schweitzer, frühere Programme Director) und die Arbeit und deren Organisation (durch Outi Arajärvi, Vorstandsmitglied) vorgestellt werden. Anne Dietrich (angefragt) würde über die konkrete Arbeit von NP im Südsudan berichten. Schließlich sollen nach einer Pause Politiker_innen das Gehörte kommentieren, insbesondere im Hinblick darauf, wie die deutsche Politik das Konzept des Unarmed Civilian Peacekeeping unterstützen könnte. Auch die NP-Ausstellung soll gezeigt werden.

Wir suchen zur weiteren Vorbereitung noch Unterstützer_innen. Alle Leser_innen des Rundbriefes, vor allem jene, die in der Rhein-Neckar-Region wohnen und die Lust und Zeit dazu hätten, sind herzlich dazu aufgerufen und mögen sich im BSV-Büro (0571 29456) oder beim Koordinator der NP-AG, Stephan Brües (06222 5810062) melden.

Zweites Forum für Gewaltfreiheit im Irak

Stephan Brües

Der BSV kooperiert seit 2009 mit dem irakischen Netzwerk für Gewaltfreiheit LaOnf und seit 2011 mit der internationalen „Iraqi Civil Society Solidarity Initiative“ (ICSSI). Judith Conrads hat hier im Rundbrief bereits über das 1. Forum für Gewaltfreiheit in Shaklawa (bei Erbil) im November 2009 berichtet und ich über den Friedenslauf und die Konferenz der ICSSI in Erbil im Oktober 2011. Diese Arbeit wird nun fortgesetzt. In Basra im Süden des Iraks findet am 20.-22.10.2012 das 2. Forum für Gewaltfreiheit sowie die 4. internationale Konferenz der ICSSI statt. Die Organisator_innen in Basra erwarten mehr als 200 irakische Aktivist_innen aus der Friedens-, Menschenrechts-, Frauen-, Gewerkschafts- und Jugendbewegung. Diese wollen sich über ihre aktuelle Arbeit austauschen und mit den internationalen Partner_innen (weitere) Kooperationsmöglichkeiten besprechen.

Zu den Zielen gehören u.a.:

1. Gewalt und Besatzung seit 2003

und Förderung von Peacebuilding und Freiheitsrechten aufarbeiten; Ablehnung von Gewalt als Mittel des Widerstandes;

2. die Tatsache anerkennen, dass die Krise im Irak durch mangelnde Dialogfähigkeit verursacht wird und Ermutigung zu einer Förderung des Dialogs über alle politischen oder religiöse Blöcke hinweg;

3. die Rolle bekräftigen, die gewaltfreie Strategien spielen, um Sicherheit zu schaffen, lebensnotwendige Leistungen zu erlangen und Korruption zu beenden;

4. die Zivilgesellschaft gegen Kräfte verteidigen, die Bürger_innenrechte wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken oder Gewerkschaften an ihrer Arbeit hindern möchten.

Das Treffen soll auch der Vorbereitung eines Irakischen Sozialforums in Bagdad 2013 dienen. Auf der ICSSI-Konferenz soll es Workshops zu den Themen Wasserressourcen, Gewerkschafts- und Arbeiterrechte; Meinungsfreiheit, Sport

für Frieden, Gesundheit der Kinder geben, aber auch andere Kampagnen besprochen werden, etwa den gegen den türkischen Ilisu-Staudamm, der das einmalige Tigris-Marschland zu zerstören droht. Für den Tag vor der Konferenz ist ein Friedenslauf geplant.

In einem Beiprogramm für die internationalen Gäste ist Folgendes geplant: Stadtführung in Basra, Treffen mit irakischen Vereinigungen, Besuche in Krankenhäusern und Schulen und eine Fahrt ins mesopotamische Marschland. Die Veranstaltung wird finanziell unterstützt von dem Kulturhaus Basra, der Stadt Barcelona, der italienischen Foundation Assistance Internationale und der norwegischen Karibu Foundation.

Ich will mit meiner Teilnahme an der Konferenz irakische Verbände und ihre Bedürfnisse und Vorstellungen näher kennen lernen, insbesondere diejenigen von Jugendlichen. Die Reisekosten werden von der Stiftung Die Schwelle finanziert.

Schutz vor Repression in Belarus

Sarah Roßa und Björn Kunter

Wer die Nachrichten über die Verfolgung der Opposition und unabhängigen Medien in Belarus (Weißrussland) verfolgt, fragt sich oft, wie Menschen dort überhaupt noch politisch aktiv sein können. Das Rechtsschutznetzwerk „Unser Haus“ – das der BSV seit 2005 begleitet – beweist dagegen alltäglich, dass sich die Bürger_innen erfolgreich gegen den Staat und sogar politische Verfolgung wehren können.

Zur Analyse staatlicher Repression und der Entwicklung von Verteidigungsmethoden müssen zumindest zwei Machtebenen und zwei Arten von Opfern unterschieden werden: Repression erfolgt sowohl auf Anordnung lokaler Autoritäten wie der Zentralmacht und richtet sich gegen zufällige oder gezielte Opfer.

Politische Repression in Belarus

Die Methoden der Repressionen auf lokaler wie zentraler Ebene ähneln sich: Meist sind es Entlassungen vom Arbeitsplatz oder Exmatrikulationen von der Universität. Auch werden Aktivist_innen und ihre Verwandten durch Drohungen eingeschüchtert, von Unbekannten verprügelt oder zwangsweise in die Psychiatrie eingewiesen. Mysteriöse Todesfälle und „Verschwinden-Lassen“ von Oppositionellen sind dagegen eher selten und nur (1999) durch die Zentralmacht belegt.

Auf Ebene der Zentralmacht erfolgt politische Repression gegen die Opposition in Wellen und wurde in der Vergangenheit häufig propagandistisch in Szene gesetzt, um Bevölkerung und Staatsapparat gegen den „Feind im Innern“ zu mobilisieren und von anderen Problemen abzulenken. Auf der lokalen Ebene hingegen erfolgt die Repression persönlicher und langfristiger.

Zufällige Opfer sind zum einen wahllos bei politischen Aktionen Festgenommene. Zum anderen greifen sich lokale Verantwortliche bei zentralen Verfolgungswellen aus den „üblichen Verdächtigen“ Personen oder Organisationen stellvertretend für deren „Sektor“ heraus.

Die gezielte Repression zur Ausschaltung oder Verwarnung einzelner Personen ist immer nur ein kleiner Teil der politischen Verfolgung, für die Betroffenen jedoch deutlich schwerer abzuwehren.

Der Repression begegnen

Wie können oppositionelle Gruppen in Belarus dieser Repression nun begegnen? „Unser Haus“ setzte seit Gründung des Netzwerkes 2004 die Verteidigung seiner Aktivist_innen an erste Stelle und entwickelte systematisch Strategien und Methoden. Diese lassen sich in vier Handlungsebenen unterteilen:

1. Sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen bedeutet unter anderem, sich nicht zum leichten Opfer zu machen. Bei zufälligen Verhaftungswellen reicht es oftmals schon, der Polizei die Wohnungstür nicht zu öffnen. Bei gezielter Verfolgung hingegen kann es sogar notwendig sein, sich für mehrere Monate außerhalb der Landesgrenzen in Sicherheit zu bringen, sofern dies rechtzeitig möglich ist.

2. Solidarität mit den Opfern politischer Repression gibt diesen nicht nur ein „gutes Gefühl“, sondern kann oftmals das Schlimmste verhindern. So schickt „Unser Haus“ bei Polizeikontrollen oder Verhaftungen nicht nur Rechtsexpert_innen, sondern mobilisiert auch eine kleine, aber wehrhafte Öffentlichkeit. Unter deren Augen überlegen sich Polizist_innen, Staatsanwält_innen und Richter_innen sehr genau, ob und wenn ja welche Haftvorwürfe sie konstruieren wollen.

3. Damit diese Drohkulisse gegenüber den möglichen Repressor_innen wirkt, verfolgt „Unser Haus“ die tatsächlichen Repressor_innen. Der Staatsapparat wirkt zwar wie ein monolithischer Block, unterliegt aber internen Konflikten. „Unser Haus“ kann diese nutzen, um

Staatsbeamt_innen gegeneinander auszuspielen. Offizielle Beschwerden der Aktivist_innen erfordern formale Antworten. Diese sind lästig, können später gegen sie verwendet werden oder verstricken sich häufig in der widersprüchlichen Gesetzeslage.

Um den Druck weiter zu erhöhen, veröffentlicht „Unser Haus“ formales oder moralisches Fehlverhalten gezielt unter Nachbarn und Kolleg_innen der Repressor_innen: Anfang des Jahres bat „Unser Haus“ beispielsweise über 1000 Polizist_innen um ihre Mithilfe bei der Überwindung von Polizeigewalt gegen Frauen. Seitdem werden alle kontrollier-

Illustration aus der genannten Broschüre über Polizeigewalt gegen Frauen.



ten Aktivistinnen von „Unser Haus“ sehr höflich und vorsichtig behandelt.

4. Nicht zuletzt ist es (zumindest mit steigender Bekanntheit) aber auch nötig, sich vor der gezielten Zerschlagung der eigenen Organisation schützen zu können. Hierzu hat „Unser Haus“ – begleitet vom BSV – die eigene Sicherheitskultur und -struktur verbessert. Die entscheidende Grundlage ist jedoch das eigene Ansehen als „Anwalt der kleinen Leute“. Die Möglichkeit, die Bevölkerung zehntausendfach zur Verteidigung zu mobilisieren, lässt die Behörden bisher vor dem Skandal einer Zerschlagung zurückschrecken.

Mehr Informationen zur Rechtsschutzarbeit in Belarus und „Unser Haus“ finden sich auf <http://www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/belarus/>

„Vorrang für zivil“ im Parlament?

Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit im Bundestag

Sebastian Grieser

Ute Finckh-Krämer und Jan-Thilo Klimisch wollen mit „Vorrang für zivil im Parlament“ die Arbeit des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen. 2010 wurde der Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses eingerichtet und arbeitet seitdem zu friedenspolitischen Fragestellungen. Schon die vierte Sitzung des Unterausschusses wurde als öffentliche Anhörung gestaltet. Seitdem ist ein enger Dialog zwischen friedenspolitischen Aktiven und Parlamentarier_innen entstanden. Jan-Thilo Klimisch beschreibt die Funktion und Aufgabe eines Unterausschusses und betont dabei die Vorteile, die dieses parlamentarische Instrument bieten kann. Obwohl Unterausschüsse in der Geschichte der BRD ein eher wenig genutztes Instrument seien, böten sie interessierten und engagierten Parlamentarier_innen die Möglichkeit inhaltlich vertieft zu einer Thematik zu arbeiten. Oftmals schaffe der kleine, fast familiäre Rahmen eines Unterausschusses auch die Chance zu erfolgreicher fraktionsübergreifender Arbeit. Unterausschüsse forcierten auch immer wieder den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Im Anschluss an die Einführung veröffentlichten die Herausgeber_innen die Empfehlungen des ersten Zwischenberichts des Unterausschusses. Insgesamt hat der Unterausschuss in den zwei Jahren seit seiner Gründung 20 Empfehlungen abgegeben, die aus seiner Arbeit resultieren.

Trotz erfolgreicher Zusammenarbeit und vielen inhaltlichen Schnittmengen gaben SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein gemeinsames Minderheitenvotum zu den Empfehlungen ab, das zusammen mit dem Minderheitenvotum der Linken ebenfalls in „Vorrang für zivil im Parlament“ zu finden ist. Den Hauptteil des Buches nimmt aber die Stellungnahme der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zu den Empfehlungen und der Arbeit des Unterausschusses ein.

Auch wenn Empfehlungen, Minderheitenvoten und Stellungnahme an verschiedenen Stellen im Internet öffentlich zugänglich sind und die Herausgeber_innen diese auch nicht kommentieren, gebührt ihnen ein großer Dank, diese Schriftsachen übersichtlich zusammengestellt zu haben. Mit „Vorrang für zivil im Parlament“ gelingt es den Herausge-

ber_innen, einen Einblick in die Arbeit des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag zu geben. Gerade für Leser_innen mit Interesse an ziviler Konfliktbearbeitung und Alternativen zur Sicherheitspolitik bietet das Buch die Möglichkeit, wichtige Schriftsachen des Unterausschusses zu lesen und seine Arbeit besser verfolgen zu können. Veröffentlichungen von Empfehlungen und Minderheitenvoten verdeutlichen anschaulich politische Differenzen, aber auch Gemeinsamkeiten der Parteien hinsichtlich ziviler Krisenprävention. Mit der Stellungnahme der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wird auch deutlich, was ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft noch an der Arbeit des Bundestages zu kritisieren hat.

Ute Finckh-Krämer/Jan-Thilo Klimisch (Hg.): Vorrang für zivil im Parlament. Zur Arbeit des neuen Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag, Berlin 2012, Aphorisma Verlagsbuchhandlung, 47 Seiten, 5 Euro.

Das Buch ist beim BSV erhältlich.

Praktikant im Büro: Sebastian Grieser

Foto: Sebastian Grieser



Hallo, mein Name ist Sebastian Grieser, seit Mitte Juli bin ich nun schon Praktikant beim BSV. Das Praktikum mache ich ausgehend von meinem Studium der

Sozialwissenschaften an der FH Fulda. Den BSV habe ich mir als Praktikumsort ausgesucht, da ich mich schon seit längerem für die Themen Friedensarbeit und gewaltfreier Widerstand interessiere.

Jetzt bin ich Teil des BSV-Teams im Büro in Minden. Die ersten zwei Wochen meines Praktikums konnte mich meine Vorgängerin Elena Büechl noch in alle laufenden Tätigkeiten einführen, nun bin ich gerade der einzige Praktikant. Neben der Mithilfe im Büroalltag wie Verwaltung, Materialversand, Telefondienst, Websitebetreuung etc. bietet der BSV Praktikant_innen einen großen Spielraum für eigene Ideen und Unterstützung in konkreten Projekten des BSV. So arbeite ich zum Beispiel in der AG Gender & Frieden mit. Die Arbeitsgruppe trifft sich alle drei Monate und

versucht, angestoßen durch die letzte BSV-Jahrestagung das Thema Gender verstärkt in die Friedensarbeit und Friedensforschung einzubinden. Hier konnte ich am letzten Treffen teilnehmen und habe bei der Vor- und Nachbereitung mitgeholfen. Ein weiteres Projekt, das ich momentan unterstütze, ist das Bildungsprojekt „Auf dem Weg zur Friedensschule: Konzept für Friedensbildung im Unterricht an Schulen“. Zu diesem Projekt erstelle ich eine Themensammlung und kann später Arbeitsmaterialien und Arbeitsaufträge zu einem Themengebiet erarbeiten. Durch die vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten bekomme ich einen guten Einblick in die alltäglichen Arbeitsabläufe einer NGO, aber auch Einblicke in die konkrete Friedensarbeit und ihre Hintergründe.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de
Spendenkonto Nr. 89420814, Sparkasse Minden, BLZ 49050101
Redaktion, Gestaltung und V.i.S.d.P. Kai-Uwe Dosch
Druck art & image Minden, Auflage 6500, Erscheinungsweise vierteljährlich
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe November 2012

Einladung zum IFGK-Studientag „Perspektiven aktiver Gewaltfreiheit“

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung und das Friedensmuseum Nürnberg laden ein zum Studientag am Samstag, 13. Oktober 2012, im Friedensmuseum, Kaulbachstraße 2, Nürnberg.

9.30-10.00 Einführung durch die Gastgeber_innen, Vorstellung der Teilnehmer_innen

10.00-11.15 Georg Adelman, Bremen: Empathie und Gewaltfreiheit. Verschiedene theoretische (überwiegend psychologische) Sichtweisen auf Empathie und deren Training zur Förderung von Gewaltfreiheit (als Gegenentwurf zu militärischen Modellen der Empathieiminderung, um Gewalt zu ermöglichen).

11.30-12.45 Hans-Joachim Lenz, Ebringen b. Freiburg: Männer, das Trauma des Zweiten Weltkrieges und seine Bewältigung in der Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur kulturellen Verleugnung der männlichen Verletzbarkeit. In der 2004 abgeschlossenen Pilotstudie „Gewalt ge-

gen Männer“, die im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt worden war, zeigte sich die nachhaltige Relevanz des letzten Weltkrieges. Wichtige Ergebnisse der Studie zu diesem Aspekt werden vorgestellt.

12.45-13.45 Mittagspause (Möglichkeit zum Mittagessen in Pizzeria nebenan)

13.45-15.00 Benno Fuchs, Basel: Zirkuspädagogik in einer Therapie für Kindersoldaten.

In seiner Master-Thesis geht er der Frage nach, welche Aspekte von Zirkuspädagogik hilfreich in einer Therapie für kriegstraumatisierte Kindersoldaten in Nachkriegsgesellschaften sein könnten. Ziel ist es, zwischen unterschiedlichen Disziplinen eine Brücke zu schlagen, um eine Bereicherung in Form des Zuwachses an Kreativität zu ermöglichen, so dazu beizutragen, ursprüngliche Konzepte von Heilung zu transzendieren und gleichzeitig zu ermöglichen, lokale Methoden miteinzubeziehen.

15.15-16.30: Anne Dietrich, Köln: Bedürfnisorientierte Konflikttransformation. Es geht um die Leistungsfähigkeit und Begrenzungen eines menschenrechtsorientierten Ansatzes der Konflikttransformation und die Konsequenzen für die Beziehungen und mögliche Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, besonders in einem Nachkriegskontext. In dem Vortrag soll die Option untersucht werden, das Paradigma der Konflikttransformation zu einem mehr bedürfnisorientierten zu verändern, und nach den Implikationen gefragt werden, die das für langfristige Koexistenz von Gruppen und Nationen mit unterschiedlichen Wertsystemen, Lebenserfahrungen und Lebensweisen mit sich bringt.

16.30 Schlussauswertung

17.00 Ende

Wir bitten möglichst um vorherige Anmeldung an Christine Schweitzer, CSchweitzerIFGK@aol.com, Tel. 040 65590940.

Bitte vormerken: BSV-Jahrestagung, 22.-24.03.2013, Würzburg

Was haben Syrien und Belarus gemeinsam? Ein autoritäres Regime und den gewaltfreien Widerstand dagegen. Und dies wird in seiner ganzen Breite das Thema der nächsten Jahrestagung sein; in solcher Breite, dass es auch autoritäre Tendenzen in im Großen und Ganzen demokratischen Staaten umfasst. Wir werden uns fragen: Wie können wir diesen Widerstand unterstützen?

Im Einzelnen befasst sich die Tagung mit Strategien der Regime gegen diesen Widerstand, mit der Instrumentalisierung des Widerstands durch externe Akteure und mit häufig frustrierenden Resultaten des Widerstands aus Sicht interner Akteure. Es geht besonders um Herausforderungen wie die zwiespältige Rolle weltweiter Öffentlichkeit und das mögliche Umschlagen von gewaltfreiem in gewaltsamen Aufstand. Wichtige Bei-

spiele sollen hier neben Syrien und Belarus auch der Irak, Birma, Ägypten und Deutschland selbst (siehe oben) sein.

Alle Interessierten sollten sich den Termin schon einmal vormerken, nähere Informationen folgen bald im Rundbrief oder auf der Website des BSV oder <https://www.facebook.com/BSV.Frieden..>



gewaltfreie Aktion
in einem
Einkaufszentrum
in Damaskus
im April 2012.